

Dschibuti: Proteste im Land der Militärbasen

von Jonna Schürkes

Am 22. Februar 2013 fanden in Dschibuti Präsidentschaftswahlen statt. Die „Partei für die Mehrheit des Präsidenten“ (Union pour la Majorité Présidentielle - UMP) machte ihrem Namen alle Ehre und gewann mit über 80% womit sie jetzt 55 der 65 Abgeordneten stellt. Diese Wahl war die erste seit Jahren, an der überhaupt eine andere Partei als die UMP antrat. Der Zusammenschluss verschiedener Oppositionsparteien („Union Djiboutienne pour la Démocratie“) hatte bislang alle Wahlen seit 2005 boykottiert – auch die letzte Präsidentschaftswahl 2011. Diese gewann so auch der seit 1999 regierenden Ismaïl Omar Guelleh mit über 80%. Gründe für den Boykott waren die Verfassungsänderung von 2010, die es Guelleh erlaubte sich erneut wiederwählen zu lassen, ein Wahlsystem, welches kleinere Parteien enorm benachteiligt, die Behinderung der Opposition im Wahlkampf sowie die regelmäßige Verhaftung von Führungspersonlichkeiten der Opposition.

Der Westen unterstützt Ismaïl Omar Guelleh nahezu bedingungslos und hat gute Gründe dafür: Dschibuti ist trotz seiner geringen Größe sowohl für die Europäische Union als auch für die USA nicht nur für die Kriege in Afrika von enormer strategischer Bedeutung. Das Land liegt an der Meerenge, die das Rote Meer und den indischen Ozean verbindet und somit an einem Nadelöhr des globalen Schiffsverkehrs. Seine militärisch-strategische Bedeutung erhält Dschibuti zudem durch seine Nähe zur Arabischen Halbinsel. Äthiopien, ebenfalls strategischer Partner des Westens, wickelt, mangels eines eigenen Zugangs zum Meer, einen Großteil seines Handels über den Hafen von Dschibuti ab.

Wiederkehrende Proteste seit zwei Jahren

Im Februar 2011, wenige Wochen vor den Präsidentschaftswahlen, gingen tausende von Menschen - vor allem Jugendliche aus den ärmeren Vierteln Dschibutis - auf die Straße. Neben politischen Reformen (v.a. des Wahlsystems) und dem Rücktritt von Guelleh, wurden soziale und wirtschaftliche Reformen gefordert, denn obwohl Dschibuti im regionalen Vergleich ein vergleichsweise hohes Bruttoinlandsprodukt pro Kopf aufweist, „leben 75% der Bevölkerung in Armut, wobei 42% chronisch unterernährt sind. 1995 lagen die Werte bei 65% und 34%. Im ländlichen Raum leben 96,7% in Armut. Soziale Indikatoren bestätigen diese Zahlen, so beträgt die Lebenserwartung nur 46 Jahre“.¹ Im Zuge der Demonstrationen Anfang 2011 wurden hunderte von Personen, unter ihnen auch Führer der Opposition, verhaftet. Tagelang herrschte faktisch Ausnahmezustand: die Polizei patrouillierte schwer bewaffnet vor allem in den ärmeren Vierteln Dschibutis, Demonstrationen und Versammlungen der Opposition wurden verboten.² Ein Jahr später, im Februar 2013, gingen nach den Parlamentswahlen erneut tausende von Menschen auf die Straße, weil sie die Wahl als unfair und die von der Regierung präsentierten Ergebnisse als gefälscht ansahen. Die Polizei reagierte erneut mit massiver Repression, mindestens sechs Personen wurde während der Demonstrationen am 25. und 26. Februar getötet. Die Menschenrechtsorganisation „International Federation for Human Rights“ (FIDH) geht allerdings davon

aus, dass es weit mehr Opfer gab: „Es wurde von zahlreichen weiteren Toten während der Demonstrationen vom 25. und 26. Februar berichtet, allerdings konnten diese zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Artikels nicht bestätigt werden, weil die Familien der getöteten und verletzten Oppositionellen bedroht werden. Die

Zivilbevölkerung Dschibutis zieht es vor, über diese Vergehen aus Angst vor weitergehenden Repressionen zu schweigen. Menschenrechtsverteidiger sind ebenfalls Opfer von Einschüchterungen und Bedrohungen.“³

Schweigen im Westen

Der Auswärtige Dienst der Europäischen Union veröffentlichte am 12. März eine Stellungnahme der Außenbeauftragten Cathrin Ashton zu den Wahlen in Dschibuti. Darin wird die Regierung des Landes lediglich dazu aufgefordert, die Ergebnisse der Wahl schnellstmöglich zu veröffentlichen. Zu der Wahl selber, den Protesten und der Repression heißt es lapidar: „Die EU-Außenbeauftragte begrüßt den friedlichen Verlauf der Parlamentswahlen vom 22. Februar 2013 [...]. Streitigkeiten sollten nach geltendem Recht beigelegt werden. [...] Die EU-Außenbeauftragte appelliert an alle politischen Kräfte, das Recht, einschließlich dem auf friedlichen Protest, zu respektieren und auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten. Als langfristiger Partner Dschibutis wird die EU ihre Zusammenarbeit mit der Regierung, allen politischen Parteien, der Zivilgesellschaft und den Menschen Dschibutis weiterführen, um die soziale, wirtschaftliche und demokratische Entwicklung des Landes voranzubringen“.⁴ Die französische Regierung freute sich ebenfalls über die „demokratischen Wahlen“, die allerdings von „bedauerlichen Vorfällen“ in Form von „Gewaltexzessen bei der Demonstration“ überschattet worden seien.⁵ Sowohl Deutschland als auch die USA beschränkten sich auf Reisewarnungen, wobei zumindest für die USA der Verursacher der Gewalt ausgemacht scheint: „An diesen Demonstrationen nehmen Jugendliche teil, die Straßenblockaden errichten und die Polizei mit Steinen bewerfen. Die Polizei setzt häufig Tränengas ein, um die Gruppen auseinanderzutreiben“.⁶

Dschibuti und die Jagd auf Piraten

Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich hat spätestens seit Ende des 19. Jahrhunderts dauerhaft Truppen in Dschibuti stationiert. Als sich das Land 1977 unabhängig erklärte, sicherte sich Frankreich das Recht auf einen Militärstützpunkt zu. Bis heute hat Frankreich fast 3.000 Soldaten dauerhaft auf einer Militärbasis in unmittelbarer Nähe zum Hafen stationiert, in erster Linie Einheiten der Marine, der Logistik, der Fremdenlegion und Spezialeinheiten. Für die Nutzung zahlt Frankreich jährlich 160 Mio. US\$ an die Regierung sowie 35 Mio. US\$ an Militärhilfe.⁷ Frankreich sicherte außerdem zu, Dschibuti im Krieg mit anderen Staaten – aber auch im Fall innerer Unruhen – zu unterstützen. So griff Frankreich sowohl im Bürgerkrieg zwischen 1991-1994 als auch im Grenzkonflikt 2008 mit Eritrea zugunsten der Regierung militärisch ein. Zudem werden dschibutische Soldaten – inzwischen offiziell v.a. zur Entsendung im Rahmen von Missionen der UN oder der Afrikanischen Union (AU) – ausgebildet. Gemeinsame Übungen finden regelmäßig statt, sie dienen beiden Seiten: Frankreich vermittelt Kenntnisse v.a. im Bereich der Aufstands-bekämpfung und hat gleichzeitig die Möglichkeit, die eigenen

